

Bezugspreise:
Es sollte monatlich bei postmöglicher
Zahlung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mk., durch die Post monatlich
8.50 Mk., vierteljährlich 24.75 Mk.
zusätzl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. In
deutsch. Zeitungsgewerkschaft unter
Sonder-Zahlung eingetragen. Für
zweijährlich eingegangene Manu-
skripte wird keine Gebühr abge-
nommen. Nachdruck nur mit schriftl.
Erlaubnis der Verlagsanstalt. Ver-
kaufsst. Fern. der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
x. 1133, der Zeitsungs-Abt. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

Volke-Zeitung

fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenspreise:
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-
meterzeile über deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restformen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nahmen an
unserer Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigengattungen. Erfüllungsort
5 1112. Erhöht täglich 2 mal.
Sonntags und Montags 1 mal.
Erscheinung und Haupt-
Geschäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 1a, 1. u. 2. Stockwerk, 17.
Hörsing-Verlagsbuchhandlung, Große
Mühlstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 3000.

Nr. 244.

Halle, Sonnabend, den 28. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Finanzreform und Londoner Ultimatum.

Das Reparationsprotokoll des Londoner Ultimatums
enthielt unter Ziffer III des Zahlungsplanes u. a. folgende
Bestimmung:

Die im Artikel II vorgezeichneten Schuldverschreibungen,
12 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen, Serie a,
auszufüllen bis zum 1. Juni 1921; 38 Milliarden Goldmark
Schuldverschreibungen, Serie b, auszufüllen bis 1. Novem-
ber 1921; 82 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen,
Serie c, auszufüllen ohne Kupons bis 1. November 1921
mit von der Kommission zu bestimmenden Ausgabeterminen,
sollen von allen deutschen Steuern und Lizenzen
jeder Art freigegeben sein.

Durch diese Bestimmung wird das Finanzreform-
Programm der neuen Reichsregierung vor ein Problem von
besonderer Tragweite gestellt. Man muß damit rechnen, daß
die Steuerfreiheit nicht nur bestehen soll hinsichtlich der
reinen Wertpapierbesserungen, sondern auch Geltung haben
soll für alle in diesen Papieren zum Ausdruck gelangenden
Bezüge und Einkommensverhältnisse, und daß sie den größten
Anreiz bieten wird, Goldschuldverschreibungen zu er-
werben, um nicht nur z. B. der Kapitalertragssteuer, sondern
auch der Erbschaftsteuer hinsichtlich der Kupons der Einkom-
mensteuer zu entgehen. Man hat weiterhin zu berücksich-
tigen, welche Folgen diese Ausgabe von 5 Prozentigen
Schuldverschreibungen auf die bisherigen Reichs- und Staats-
schuldverschreibungen auslösen muß und daß für die künftige Finanz-
gestaltung nur noch die Ausgabe von Anleihen möglich ist,
die mindestens 5 v. H. Zinsen tragen und ebenfalls Steuer-
freiheit genießen.

Für die nächste Steuerleggebung von ausschlaggebender
Bedeutung ist aber besonders die erwähnte Zerlegung
der Grundlagen unseres direkten Steuerwesens. Das Prinzip
der direkten oder indirekten Besteuerung unter dem Ge-
sichtspunkt der Steuererträglichkeit ist dann völlig aus-
geblieben. Die Sozialisten nicht erkennen wollten, daß der
Glaube an das direkte Steuerprinzip Illusion war, die
Vorgänger der Reichsregierung, die fast jeder Steuerzahler auf
seinem Wege die Abmilderung vornehmen konnte und
hierzu weit schärferes System der Verzehr- und Wirt-
schaftsbelastung schlichtlich zur Geltung kamen als beim
legalen indirekten Prinzip, so werden auch sie sich jetzt der
Notwendigkeit beugen müssen, aus der von ihnen besonders
beachtenswerten Annahme des Ultimatums die steuerpolitische
Konsequenz zu ziehen, das indirekte Steuerprinzip zum Haupt-
träger des Reichshaushalts zu machen. Soweit wir unter-
richtet sind, befinden sich im Reichsfinanzministerium Ver-
tragsentwürfe in Vorbereitung, die dem Reichshaushalt
jährlich 1 Goldmilliarde (gleich 15 Papiermilliarden)
zuführten sollen. Man wird bei der uns aufgegebenen
Finanzreform, darüber hinausgehen, darauf drängen müssen,
daß nicht nur auf diesem Wege Lösung getroffen wird, die
Einnahmen für die Ausgabenforderungen zu schaffen, sondern
auch rechtzeitig Einnahmemeinungen geöffnet werden, die die
sicher zu erwartenden Ausfälle der direkten Steuerleg-
gebung ausgleichen. In Anbetracht der im Friedensvertrag
vorgesehenen steuerpolitischen Verpflichtungen Deutschlands,
die steuerliche Belastung seiner Bevölkerung bis zur Erledi-
gung der Wiederherstellungsvorgänge mindestens auf der Höhe
der Besteuerung der Bevölkerung in den alliierten
Ländern zu halten, wäre zweifellos jetzt zu erwägen, ob der
geplanten Steuerreform unter Ausschaltung toter Dogmen
zur Erhöhung der Solvenz des Haushaltes des Reichs
niedere direkte Besteuerung von ihren Lehren, die Steuer-
niederer schädlichen Nebenwirkungen zu befreien und der
englischen und amerikanischen direkten Steuerleggebung
anzupassen, d. h. Vereinfachung der Erfassungsmethoden, Ver-
einfachung der Besteuerung und damit Verringerung des
ungeheuren Steuerapparats, sowie Sicherung der Kapital-
bildungsmöglichkeit zur Erhaltung dauernder Steuerquellen.
Sind auch Voraussetzungen in solchen Dingen immer ein etwas
gefährliches Prophezeien, so kann man wohl doch sagen, daß
durch eine derartige Steuerreform der jetzt zu befürchtende
überaus starke Anreiz legaler Steuerflucht durch Erwerb
freier Goldschuldverschreibungen etwas abgeschwächt, die
Einnahmemeinliche direkte Besteuerung, soweit sie außerhalb
des Arbeitseinkommens liegt, nicht völlig zerstört wird.

Die Lage in Oberschlesien.

Das Weissen wird gemeldet, daß am 23. die Polen ver-
sucht, in Weissen einzudringen. Sie kamen bis vor das
gerade gegenüber dem Weissen Hauptbahnhof gelegene
deutsche Besatzungsministerium und verließen es
erst, nachdem die Franzosen sich mit ihnen und der
deutschen Besatzung begeben hatten, in der Richtung
Penzance. Zu gleicher Zeit drangen polnische Verbände
in der Richtung Ratz nach Weissen vor und gelangten bis
an das auf der Lindenbrücke gelegene Promenaden-Restau-
rant. Sie überfielen zu gleicher Zeit die im Sandpark gelegene
Wohnung der Polizeibeamten Böhm und Görlich, verurteilten
Böhm durch Raubschuß und verschleppten Görlich. Böhm
ist den Besatzungen entgangen.

Zur Beobachtung des Aufstandes wurden
die Ostschlesier Kadaw und Bente von polnischen 10.
Battalions-Geschwadern, die bei Jemowitz stehen, her-
über zum Feuer geschickt. Polnische Infanteristen spreng-
ten den Bahnhof Rosenberg und einige Privat-
gebäude in die Luft, wie die polnische Zeitung „Dziennik
Wojenny“ jetzt meldet. Letzte Berichte der Infanteristen geben

Morel und Kiszka wurden abgeschlagen. Wiedermur-
den, diesmal bei Bygion, haben des deutschen
Selbstschutzes von polnischen Verbänden mit Maschinenge-
wehren beschossen. Die Besatzung von Lechna wurde gestern
wiederum von den Polen schwer angegriffen und konnte sich
nur mit Mühe halten. Die Infanteristen verloren bei diesem
Angriff 29 Tote. Allen Ansehigen nach haben die Polen
nördlich und südlich von Rosenberg sich bedeutend ver-
stärkt. In der Gegend von Kozel wurde von den Polen stark ge-
schossen. Die Stadt Groß-Trebnitz ist mit Ausnahme
des Bahnhofs frei von Infanteristen. Auf Groß-Stein
schloßen die Aufständischen von Lechnitz mit Artillerie.

Am ganzen Südbahnhof des Aufstandesgebietes
herrschte gestern lebhafteste Feuertätigkeit. Bei Dohob-
birken und Marja Iosowa die Polen mit Mörsern. Bei
Ratibor sind Schärfschützen der Infanteristen aufgetreten,
die ein Bataillon der Straßen westlich der Ober umlagern
machten. Der italienische Kreisfunktrollleur erhielt
hiet auf der Fahrt über Band sechs Schüsse in seinen
Kraftwagen. In der Gegend von Kozel war die Feuer-
tätigkeit der Polen besonders über Nacht sehr stark. Groß-
Stein wurde in der ersten Nachmittags aus der Richtung
Ertunig mit einiger Artilleriegeschossen belegt.

Die Lage des Industriegebietes ist so bedenklich, daß bei
einer weiteren Zündung der jetzt herrschenden Not mit einer
Uebergabe der Städte an die Infanteristen zu
rechnen ist. Die Kohlenfrage wird bedrohlich, weil kein
geeigneter Uebersport stattfindet, da die Bahnhöfe mit be-
lasteten Güterwagen verstopft sind und die Straßen voll
Kohlen liegen.

In Kattowitz konnte die Wasserleitung wieder instand
gesetzt werden. Die Kattowitzer „Vorganzeltung“ berichtet,
daß am Donnerstag das Unterkommissariat für Deutschland
in Kattowitz zwei Männer mit vorgeschalteten Revolvern ein-
drangen und 100 000 Mark stahlen. Einer von den Räu-
bern konnte auf der Straße gefangen werden. Es ist der
bekannte Kohlenführer Ruzka aus Kattowitz.

Ein Notruf.

Die Vereinigten Verbände schlesischer Oberschlesier er-
lassen einen Notruf an alle mit der Uebergabe „Oberschlesien
in Not“. Folgende Forderungen werden darin gestellt: Gene-
ral Le Rond ist sofort abzuberufen. Durch die beschleunigte
Entsendung ausreichender englischer und italienischer Truppen
ist die Frage in Oberschlesien wiederherzustellen und die Grenze
gegen Polen abzuschließen.

Die interalliierten Kreisfunktrolleure machtlos.

Vorgestern nachmittag sind der englische Kreisfunktroll-
leure von Rosenberg sowie der französische
und italienische Beigeordnete des Kreisfunktrollleure in
Oppeln eingetroffen. Sie haben Rosenberg ergebungs-
voll verlassen mit der Begründung, daß sie ohne jede
Autorität seien, um auch nur den geringsten Schutz für
die Aufrechterhaltung der Ordnung in Rosenberg auszusprechen.
Dieses ist der erste Fall, daß die Behörde eines Kreis-
funktrollleure gänzlich aufgelöst wird.

Korfanty gibt angeblich nach.

Die „B. Z.“ gibt eine Mitteilung des „Temp“ wieder, der
zufolge Korfanty und die Infanteristenführer sich bereit-
erklärten, die Autorität der interalliierten Kommission anzu-
erkennen und teilt mit, daß auch in Berliner diplomatischen
Kreisen eine Meinung vorliegt, die von Korfantys Rückzugs-
bereitschaft spricht. Das Wort warnt aber gleichzeitig vor
einer Uebergangsphase jedes Verwehrens Korfantys.

Immer neue Teilungspläne.

Alle Kreise, denen das Recht steht, den Gegenstand des
Reichstages zu prüfen, müssen mit steigender Entrüstung von den
Entwurfplänen hören, in Oberschlesien den Friedensvertrag zu
fabrizieren. Der Graf Szorga spielt bei den Plänen über
die Teilung Oberschlesiens eine überaus zweideutige
Rolle, die sich unvorstellbar von dem rätselhaften Ein-
treten der Italiener in Oberschlesien für Recht und Ordnung
abhebt. Der italienische Außenminister kennt offenbar nur
eine Rolle, und das ist die, in Paris und Warschau sich
Recht zu machen. Was einen feindseligen Meinung soll er
den Polen 45 v. H. der Stimmen anerkennen wollen. Was heißt
das? Die Polen haben in Oberschlesien 38 v. H. der Stimmen
erhalten, und heute ist sich jeder Rechenk, der die Dinge
kennt darüber klar, daß dieses Resultat nur durch einen
unberechtigten polnischen Terror erzielt werden konnte. Dennoch
stellt sich Deutschland auf den Boden der gegebenen Zahlen.
Dann hat Oberschlesien wie auch im besonderen das In-
dustriegebiet eine klare deutsche Mehrheit. Wenn der Graf
Szorga mit regnerischen Kunststücken diese Tatsachen aus
der Welt zu spielen sucht, so würdigt er das italie-
nische Ansehen auf ein mindlichste herab. Eine
amerikanische Meinung will wissen, daß Graf Szorga auf der
Bedeutung seiner Stellung den Plan der Schaffung eines unab-
hängigen Oberschlesien einbringen werde. Danach sollen einige
kleine Industriegebiete an der polnischen Grenze den Polen
und mehrere von den größeren Städten mit deutscher Mehr-
heit Deutschland zugeteilt werden. Das Hauptindustriegebiet
aber soll einen unabhängigen Staat unter der Oberhoheit
des Obersten Rates oder des Völkerbundes bilden. Von allen
solchen Konstitutionen weiß der Friedensvertrag nichts, und
es wäre wirklich an der Zeit, daß man in Italien dem Grafen
Szorga einmal klar macht, wie dieser Kampf gegen das
klare Recht und den Sinn des Friedensvertrages die italie-
nische Politik bloßstellen muß. Außerdem sollte der Oberste
Rat einer weiteren Umgestaltung Mitteleuropas endlich aufgegeben
werden. Die sämtlich konstruierten Teilungspläne sind in keiner

Weise lebensfähig, und die oberflächliche Wirtschaft vor allem
nützt für den Wiederaufbau der Welt verloren gehen, wenn
nicht die geordnete deutsche Führung dort sich in Zukunft
betätigen kann.

Polens unklare Haltung.

Seitdem der deutsche Nachschub nach Oberschlesien gemindert
ist, wird die kriegerische Spannung auf polnischer Seite als
vermindert empfunden. Infolge dessen wird das Gebot, eine
Regierung der nationalen Sammlung zu bilden, nicht mehr anerkannt, und es findet wieder der
Verkehr der Partei. Was wurde eine Frist bis heute
gelegt. Bis heute sollte er die Regierung fortführen und
dann den Auftrag zur Neubildung der Regierung übernehmen,
was er zugabte. Das ist ferntragend für die benötigte
Wirtschaft des Bauernführers, der die stärkste Partei vertritt.
Seine die Wirtschaft ist es unmöglich zu regieren.
Nach längerem Schwanken ist der Rücktritt des
Außenministers Barten Siebia ergebungs-
worden. Die Vereinfachung seiner Demission wurde gestern
von Staatsrat vollzogen.

Die Engländer auf dem Wege nach Oberschlesien.

Wie die „B. Z.“ hören, hat am Freitag der Ueberschub-
port der vier englischen für Oberschlesien bestimmten Batai-
lone begonnen. Der Transport selbst, der insgesamt zehn
Tage umfaßt, wird bis zum 1. Juni dauern. Täglich werden
1-2 Züge über die Strecke Mainz-Wehra-Erfurt-Weis-
sig-Sagan-Breslau nach Oberschlesien geleitet werden.

Ein Erlaß des neuen Reichsministers des Innern.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer,
hat an die Praktionsorgane der im Reichstag vertretenen
Parteien ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Nach
Artikel 18 und 167 der Reichsverfassung werden vom
14. August 1921 an die zum Reichstag wahlberechtigten Ein-
wohner das Recht haben, Abstimmung über die Uebernahme
des Gebietes von Ländern und die Neubildung von
Ländern innerhalb des Reiches zu verlangen. Sofern solche
Bestrebungen dahin gehen, die Grenzen der deutschen Länder
mit anderen Ländern zu vereinigen oder Erläuterung, die
feinen räumlichen Zusammenhang mit dem Hauptgebiet ihres
Landes haben, an das sie umgebene Land anzuschließen,
mögen bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands erhebliche
Bedenken dagegen nicht bestehen. Anders liegt es, wenn
Bestrebungen zu Abtrennung größerer Gebiete von ein-
zelnen Ländern hervortreten sollten und dadurch Anlaß zu
erregten parteipolitischen Auseinandersetzungen gegeben
würde. Der künftige Ernst der inneren politischen und
wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und die Rücksicht
auf das Ausland, dem jede Entfaltung der Kräfte in Deutsch-
land willkommen wäre, erheben die Bedenken, vorerst solche
Neugliederungswünsche größerer Art zurückzustellen und jede
vermeidbare Beunruhigung von der Bevölkerung fernzu-
halten.

Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeit.

Während sowohl der Reichstag wie die Preussische
Landesversammlung erst am Dienstag, den 31. Mai zum
Mittag, haben die Ausschüsse ihre Arbeit bereits begon-
nen. Der Reichstag wird am Montag, den 30. Mai, im
Reichstagsgebäude in Berlin, im Saal der Reichstags-
besammlung hat gestern eine Sitzung abgehalten. Der
Unter Ausschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des
Reichstages tagt heute im Reichsarchivministerium. Der
Ausschuß selbst wird am Montag tagen. Auf der Tages-
ordnung stehen Anträge betreffs der Erwerblosenversicherung
und der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Ver-
kehrs mit Getreide.

Die Güter des Raubüberfalls bei Wied.

Im Schwurgerichtssaal des Justizgebäudes in Mainz
begann gestern bei großem Andrang des Publikums vor dem
französischen Kriegsgericht unter dem Vorsitz des Ober-
landespräsidenten Renard die Verhandlung gegen die
beiden marokkanischen Soldaten Mohamed
meben Mohamed und Mohamed ben Mohamed,
die am Samstagsmorgen auf der Straße Höchst-Wied den
Angestellten der Höfster Farbwerke Bergmann ermordet
haben. Die Angeklagten sind der Tat geständig, erklärten
aber, die Strafen zu sein, daß sie sich des Vor-
wurfs nicht mehr erinnern könnten. Der Militärstaats-
anwalt beantragte gegen beide Angeklagte die Todesstrafe.
Der Verteidiger plädierte bezüglich des Mohammed ben
Mohammed auf Freispruch unter milderen Umständen, da es
schonungslos betrunken gewesen sei. Für Mohammed ben
Mohammed beantragte er Freispruch, mangels hin-
reichender Beweise. Das Urteil lautet: gegen den ersten
auf Todesstrafe und Degradation, für den zweiten auf
Lebenslängliche Zwangsarbeit und Degradation.
Ferner wurde gegen den 44-jährigen Wirt Josef
Maier aus Wied verhandelt, der beschuldigt ist, den Soldaten
eine falsche Kognak verkauft zu haben, die
Maier betrunken den Kognak selbst verkauft zu haben, das
demgegenüber befandeten zwei Zeugen, ein Dolmetscher und
ein deutscher Polizeiwachmann, daß der Wirt der seiner

